

Manfred G. Schmidt  
Tobias Ostheim · Nico A. Siegel  
Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.)

# Der Wohlfahrtsstaat

Eine Einführung in den  
historischen und  
internationalen Vergleich

*[Faint, illegible text, possibly a library stamp or barcode]*



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

**Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik**  
Johannes Kepler Universität Linz  
A-4040 Linz

*2.11/6570:588*  
*LNJ 40*

### 3 Die Machtressourcentheorie

*Tobias Ostheim und Manfred G. Schmidt*

#### 3.1 Einleitung

Die Machtressourcentheorie begreift die Staatstätigkeit und deren Ergebnisse anders als die sozioökonomische Schule nicht als direkte Funktion gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedarfslagen. Machtressourcenbasierte Analysen gehen davon aus, dass die Inhalte der Politik durch die wirtschaftliche und politische Machtverteilung zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen mit gegensätzlichen Interessen geprägt werden. Deshalb lenken sie die Aufmerksamkeit vor allem auf die Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen oder Klassen sowie auf die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen.

Die Theorie der Machtressourcen hat eine – von Karl Marx und Max Weber beeinflusste – starke Klassensozilogische und machtheoretische Fundierung. Schulbildend sind die Beiträge von Walter Korpi und Gösta Esping-Andersen geworden (Korpi 1983, 1985, 1989; Esping-Andersen/Korpi 1984; Esping-Andersen 1985a, 1985b, 1985c, 1990). Diese Lehre betont im Besonderen die Auswirkungen der Klassenstruktur einer Gesellschaft und der Machtressourcen von gesellschaftlichen Gruppen mit entgegengesetzten wirtschaftlichen und sozialen Interessen auf die Staatstätigkeit.

Machtressourcen werden vor allem anhand von sechs Kriterien erfasst: 1) der Organisationskraft, 2) der Konfliktfähigkeit, 3) der Kampfkraft, insbesondere der Fähigkeit zur Mobilisierung der Mitglieder für Konfrontation mit dem Gegner, z.B. für Streiks oder Absperrung, 4) der außerparlamentarischen und parlamentarischen Präsenz (gemessen anhand von Stimmen- oder Sitzanteilen von eigenen, verbündeten und gegnerischen Parteien), 5) der Regierungsbeteiligung eigener oder verbündeter Parteien und – im Fall der Befürworter und Nutznießer des Wohlfahrtsstaates – 6) dem Ausmaß, in dem der Sozialstaat Schutz gegen Abhängigkeit vom Markt bietet („Dekommodifizierung“, so Esping-Andersen 1990).

#### 3.2 Varianten und Vertreter der Theorieschule

Mancur Olson

Anders als in der im Folgenden erläuterten klassensozilogischen Variante fokussiert die pluralismustheoretische Variante des Machtressourcenansatzes nicht auf die Machtressourcen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen, sondern auf deren gemeinsame Wirkung auf das Wirtschaftswachstum und den Umfang des Staatshaushalts. Wegweisend für die pluralismuskritische Variante war Mancur Olsons Werk „Aufstieg und Niedergang der Nationen“ (1985). Mancur Olson zufolge haben Interessengruppen kein Interesse an der Steigerung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums, sondern streben eine Umverteilung zu ihren Gunsten an und suchen die Kosten der Gemeinschaft aufzubürden. Dies gilt vor allem für kleine Gruppen, da die Kosten ihres Tuns und Lassens für die Allgemeinheit gering sind und der Nutzen für jedes Gruppenmitglied hoch ist. Olson bezeichnet solche „auf Kämpfe um die Verteilung von Einkommen und Vermögen“ ausgerichtete Sonderinteressengruppen als „Verteilungskoalitionen“ (Olson 1985: 56). In Demokratien, in denen sich diese Sonderinteressen ungehindert organisieren könnten, wachse mit zunehmendem Alter der Demokratie die Zahl der „Verteilungskoalitionen“, und das Wirtschaftswachstum sinke, „es sei denn, dass Niederlage im Krieg und Instabilität“ [...] solche Organisationen zerstört haben (ebd. 134). Die Zunahme von Verteilungskoalitionen steigere zugleich die Dichte und Komplexität staatlicher Regulierung und sei ein den Aufstieg der Staatsausgaben bedingender Faktor (ebd. 91-97).

Die „age-of-democracy“-These“ ist vor allem für ihre Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum überprüft worden. Auf die Tätigkeit von Sonderinteressengruppen, als deren prominentestes und besonders wirkungsmächtiges Beispiel Olson die Gewerkschaften anführt, werden von ihm und einer Reihe weiterer anderer Autoren (etwa Müller 1983; Weede 1986; Müller & Murrell 1986) aber auch andere makroökonomische Ergebnisse zurückgeführt.

Walter Korpi

Walter Korpi zufolge sind gegensätzliche soziale und ökonomische Interessen und die klassenspezifischen Strategien und Ziele für die Entwicklung unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatstypen und divergierender Outcomes der Politik, vor allem ihrer redistributiven Wirkungen, verantwortlich (Korpi 1983; Esping-An-

densen/Korpi 1984). In marktwirtschaftlichen Demokratien stellen die Gewerkschaften, linke Parteien (als Organisationen der Interessen der Arbeiterklasse) und die Kontrolle über die Produktionsmittel auf der Kapitalseite die grundlegenden Machtressourcen dar (Korpi 1983: 26). Die Machtressourcen der Arbeitnehmer sind besonders hoch, wenn die Gewerkschaften geeint sind und einen sehr hohen Organisationsgrad haben, wenn eine sozialdemokratische Partei einen hohen Stimmen- und Kabinettssitzanteil errungen hat und wenn Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei eng kooperieren (Korpi 1983: 39-41). Anders als etwa in der Parteidifferenztheorie von Hibbs (vgl. das folgende Kapitel) müssen die übrigen Machtressourcen der Arbeiterschaft nicht über eine Regierungsbeteiligung starker linker Parteien vermittelt sein (Korpi 1989: 142).

Der Verteilung der Machtressourcen wird von Korpi ein direkter Effekt auf den politischen Prozess, die Ergebnisse der Politik und langfristig auch auf die Instruktionenordnung zugeschrieben: Sie beeinflusse das Bewusstsein der Bürger, beispielsweise hinsichtlich vorherrschender Gerechtigkeitskonzepte, die Konfliktmuster und die Strategien der relevanten Akteure sowie langfristig die institutionelle Ausgestaltung eines Gemeinwesens (ebd.: 18-20).

An erster Stelle aber nennt Korpi die Einflüsse auf die redistributiven Ergebnisse der Politik, vor allem die unverteiltende Wirkung des Wohlfahrtsstaates: Je größer die Machtressourcen der Arbeitnehmer, desto geringer sei beispielsweise die soziale Ungleichheit – als Ergebnis redistributiver Politiken (ebd.: 197f.). In späteren Veröffentlichungen hat Korpi die Machtressourcentheorie auch auf einzelne Zweige der sozialen Sicherung angewendet und mit unterschiedlichen Machtressourcen beispielsweise Differenzen in der Existenz sozialer Rechte im Krankheitsfall zu erklären versucht (Korpi 1989).

#### Gösta Esping-Andersen

Gösta Esping-Andersen erklärt in seiner wegweisenden Studie „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) mit den Machtressourcen von sozialen und ökonomischen Gruppen die Entstehung und Struktur unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatstypen. Wohlfahrtsstaaten lassen sich Esping-Andersen zufolge vor allem nach dem Grad ihrer „Dekommodifizierung“ und ihren Schichtungsstrukturen entsprechend einer von drei „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ zuordnen. Der Grad der Dekommodifizierung drückt aus, inwieweit sozialstaatliche Leistungen als individuelle Rechtsansprüche garantiert werden und inwieweit

der Lebensunterhalt bestritten werden kann, ohne die eigene Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen (Esping-Andersen 1990: 21 f.).

Unterscheiden lassen sich Wohlfahrtsstaaten auch nach der durch sie hervorgerufenen gesellschaftlichen Schichtung. Esping-Andersen identifiziert drei Wohlfahrtsstaatstypen oder „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ mit unterschiedlichen stratifizierenden Wirkungen: ein „konservatives“, ein „liberales“ und ein „sozialdemokratisches“ wohlfahrtsstaatliches Regime. Der konservative Typ zielt auf statuserhaltende soziale Sicherung und ist durch die Dominanz berufsgruppenspezifischer Alterssicherungssysteme und „Eatismus“, verstanden als die Existenz besonderer Alters- und Gesundheitssicherungssysteme für Staatsdiener, gekennzeichnet. Das liberale Regime ist dagegen durch an Bedürftigkeitskriterien gebundene Sozialleistungen und einen hohen Anteil privat finanziert sozialer Sicherungssysteme charakterisiert. Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten folgen dem universalistischen Prinzip. In ihnen ist der Anteil der von den Sozialversicherungen Profitierenden an der Erwerbsbevölkerung besonders hoch, und die Transferzahlungen (z.B. Renten) sind relativ egalitär verteilt (vgl. das Kapitel III.4 „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ und die Operationalisierung der Wohlfahrtsstaatstypologie im Überblick).

Esping-Andersen zufolge lässt sich die Entstehung der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregimes mit den Machtressourcen organisierter Interessen gut erklären: Je größer der Stimmenanteil katholischer Parteien mit ihrer Orientierung an berufsgruppendifferenzierter sozialer Sicherung auf hohem Niveau sei und je stärker Absolutismus und Autoritarismus in der Vergangenheit gewesen seien, desto stärker tendiere ein Wohlfahrtsstaatsregime zum konservativen Typus. Liberale Regimes entstünden in hochentwickelten Staaten, in denen die nach weitreichender Umverteilung strebenden Linksparteien schwach sind. Seien diese dagegen sehr stark – vor allem gemessen an ihrer Regierungsbeteiligung –, präge sich ein sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat aus (ebd.: 134-137).

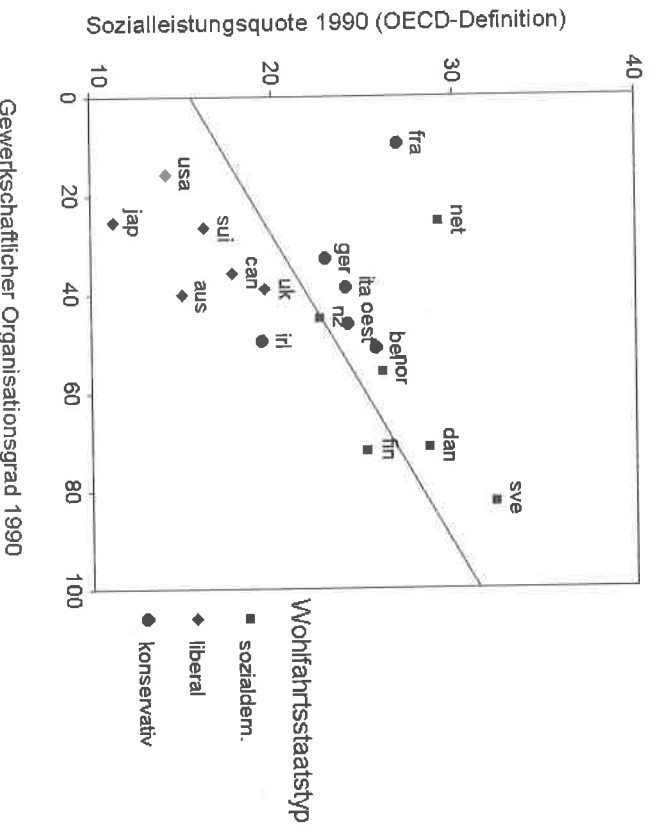
Je stärker die Linksparteien sind und je größer die Seniorenquote ist, desto stärker sind Esping-Andersen zufolge zugleich die dekommodifizierenden Wirkungen des Wohlfahrtsstaates (ebd.: 128 f.).

## 3.3 Stärken und Schwächen der Machtressourcen-Theorie

## Stärken

Sozioökonomische Theorien, so lautete eines der Ergebnisse des vorangegangenen Kapitels, sind nicht dafür geeignet, die erhebliche Varianz der Outcomes in marktwirtschaftlichen Demokratien auf ähnlichem ökonomischen Entwicklungsstand zu erklären. Die Machtressourcentheorie mit ihrem Fokus auf politische gesellschaftlicher Gruppen mit unterschiedlichen Interessen nicht gleich verteilt sind, sondern von Land zu Land und von Periode zu Periode variieren. Mit der Machtressourcentheorie lassen sich zudem Unterschiede des sozialpolitischen Leistungsprofils und der Struktur des Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich entwickelter Demokratien zu einem erheblichen Teil erklären.

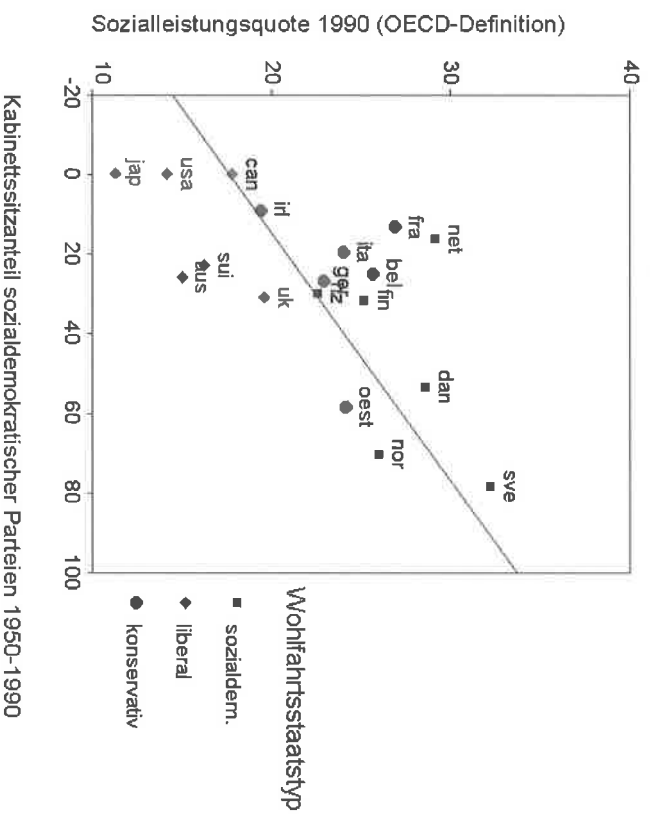
Abbildung 2: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Sozialleistungsquote



Anmerkungen: Zuordnung der Wohlfahrtsstaatstypen nach Esping-Andersen 1990: 74; Quellen: OECD 1994; OECD 2000; eigene Berechnungen.

So bestanden beispielsweise zu Beginn der 1990er Jahre mittelstarke Zusammenhänge zwischen der Sozialleistungsquote als zahlenmäßigem Ausdruck der sozialpolitischen Anstrengungen des Staates einerseits und dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad sowie der Stärke der Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien (gemessen als langjähriger Durchschnitt der Kabinettsitzanteile) andererseits: Je größer die Machtressourcen der Arbeiterklasse sind, desto höher ist ceteris paribus auch die Sozialleistungsquote (vgl. Tab. 1, Abb. 2 und 3).

Abbildung 3: Kabinettsitzanteile sozialdemokratischer Parteien und Sozialleistungsquote



Anmerkungen: Zuordnung der Wohlfahrtsstaatstypen nach Esping-Andersen 1990: 74; Quellen: OECD 1994; OECD 2000; eigene Berechnungen.

Tabella 1: Befunde der Korrelationsanalyse: Machtressourcen und Sozialleistungsquote 1990

	Kabinettsitzanteil sozialdemokratischer Parteien (1950-1990)	Gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1990
Sozialleistungsquote 1990	0,648	0,531
Signifikanz	0,002	0,012
N	18	18

Quelle: OECD 1994; OECD 2000; eigene Berechnungen.

Misst man den Einfluss, den die Machtressourcen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf die umverteilende Wirkung des Wohlfahrtsstaates in multivariaten Regressionen haben, so erklären die Größen „Sozialdemokratischer Kabinettsitzanteil“ und „Katholikenanteil der Bevölkerung“ rund 50 Prozent der Varianz der Dekommodifizierung (Esping-Andersen 1990: 129).

Ähnlich erfolgreich ist der Machtressourcenansatz in der Erklärung der Unterschiede in der Struktur der sozialen Sicherungssysteme. Besonders überzeugend konnten Korpi und Esping-Andersen darlegen, wie die Verteilung der Machtressourcen beim Aufstieg des skandinavischen Wohlfahrtsstaatsytypus mitgewirkt hat. Erhellend ist der Machtressourcenansatz auch für die Sozialpolitik in den Ländern der Kontrastgruppe der liberalen Wohlfahrtsstaaten.

#### Schwächen

Mit der Verteilung der Machtressourcen lässt sich viel, aber nicht genug erklären. Die Machtressourcentheorie hat wichtige Variablenbündel wie institutionelle Größen lange vernachlässigt und bestimmten Parteienfamilien – Linksparteien und liberalen Gruppierungen – mehr Aufmerksamkeit geschenkt als anderen, wie z.B. den sozialstaatsfreundlichen christdemokratischen Parteien im Unterschied zu den säkular-konservativen Parteien nach Art der British Conservative Party und der US-amerikanischen Republican Party, die dem Markt viel mehr Spielraum geben und den Staat am kürzeren Zügel führen. Zwar haben die Vertreter dieses Ansatzes selbst betont, dass „Machtressourcen organisierter Interessen“ nur ein Variablenbündel unter anderen ist (Korpi 1983: 187), aber trotz dieses Erkenntnis aus den frühen Veröffentlichungen andere wichtige Bestimmungs-faktoren der Sozialpolitik nicht in ihre Untersuchungen einfließen lassen. Die

Erklärungskraft von Modellen, die diese Größen einbeziehen, ist jedoch deutlich größer als die des Ansatzes von Korpi (1983; 1989) und Esping-Andersen (1990), wie Erweiterungen dieser Modelle zeigen (Schmidt 2005: 226-229).

Dass die Wirkung der Machtressourcen nicht unabhängig vom politischen Kontext ist, hat Esping-Andersen selbst aufgezeigt. So besitzen die Linksparteien einen großen Einfluss auf die Variablen, die das Vorliegen liberaler und sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaaten messen. Auch bei starker Regierungsbeteiligung sind linke Parteien dagegen in Staaten des konservativen wohlfahrtsstaatlichen Regimes zu nennenswerten sozialpolitischen Änderungen nicht fähig (Esping-Andersen/Korpi 1984: 190 ff.; Esping-Andersen 1990: 134). Dieses Regime lässt sich vor allem durch die Kabinettsitzanteile und die Stimmenanteile von christdemokratischen Parteien erklären.

Neben den christdemokratischen Parteien hat eine weitere – bei Esping-Andersen vernachlässigte – Parteienfamilie die Staatstätigkeit beeinflusst: Je stärker die säkular-konservativen Parteien (nach Art der britischen Conservative Party) am Regieren beteiligt waren, desto geringer ist in der Folge der Schutz, den die Sozialpolitik vor den Marktkräften bietet. Im Parteiensystem wirken demnach zwei gegenläufige Kräfte auf die Sozialpolitik, und der Differenz zwischen der linken Sozialstaatspartei und der konservativen sozialstaatsgegnertischen Partei kommt eine wesentliche Rolle bei der Erklärung der Sozialpolitik zu.

Schwer wiegt auch die Vernachlässigung institutioneller Variablen in der Machtressourcenlehre. Die *politisch-institutionalistische Theorie*, die im Kapitel 1.5 vorgestellt wird, hat eine Reihe von wirkungsmächtigen institutionellen Größen identifiziert. Dazu gehört beispielsweise der Föderalismus, der oppositionellen Kräften, die nach Zügelung aktivistischer Staatsintervention streben, Vetopositionen bietet. Auch die für die Staatstätigkeit wichtigen Beziehungen zwischen Staat und Verbänden, beispielsweise das neokorporatistische Dreigespann von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, werden unterbelichtet, wenn auf die Gewerkschaften nur in ihrer Rolle als Machtressource der Arbeitnehmer eingegangen wird.

Bezieht man die wichtigsten institutionellen Variablen in die Modelle ein, erbringen multivariate Regressionen deutlich bessere Ergebnisse. So lassen sich bei der Berücksichtigung der genannten Variablen rund 83 Prozent der Unterschiede des Dekommodifizierungsgrades erklären (Schmidt 2005: 227). Dies ist erheblich mehr als das Originalmodell von Esping-Andersen zu leisten vermag. Ähnliches gilt für Esping-Andersens Modell zur Erklärung der Schichtungsstruktur der Wohlfahrtsstaaten (ebd.: 227 f.).

Die Machtressourcentheorie berücksichtigt zudem den Wandel der letzten zwei Jahrzehnte nur unzureichend. So kann beispielsweise hinterfragt werden, ob Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien als Partei bzw. als Interessengruppe der Arbeitnehmerschaft noch die „natürlichen Verbündeten“ sind, die sie lange Zeit waren. Zu kritisieren ist ferner, dass die Machtressourcentheorie insgesamt eher statische Interessen unterstellt. Ob die Gewerkschaften auch heute noch eine Politik des sozialpolitischen Ausbaus verfolgen, kann ebenso in Frage gestellt werden wie die Annahme, sozialdemokratische Parteien verfolgten unter den ökonomischen und politischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts die gleichen Ziele wie in der Phase der sozialpolitischen Expansion der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts.

Aber nicht nur im Längsschnitt, sondern auch im Querschnitt ist die Reichweite der Machtressourcentheorie begrenzt: Eingeschränkt ist die Reichweite des Erklärungsschemas auch dadurch, dass es auf demokratisch regierte Staaten mit ähnlichem ökonomischen Entwicklungsstand beschränkt ist – eine Schwäche, die der Machtressourcenansatz mit anderen Theorien, insbesondere der verwandten *Parteiendifferenztheorie* teilt.

Schließlich ist die Methodologie der Machtressourcentheorie nicht über jeden Zweifel erhaben. Stark kritisiert wurden die zugrunde liegenden Messkonzepte und ihre Operationalisierungen. Neuere vergleichende Untersuchungen warfen zudem die Frage auf, ob es weitere „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ gebe und ob die von Esping-Andersen vorgenommene Zuordnung der Staaten zu den drei Welten konsistent sei. Diese Problemfelder werden am Beispiel der Studie Esping-Andersens gesondert vorgestellt (Kapitel III.4 „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“).



## Literatur

### Kommentierte Literaturhinweise

- Bambra, Clare, 2004: Weathering the Storm. Convergence, Divergence and the Robustness of the „Worlds of Welfare“, in: *The Social Policy Journal* 3 (3), 3-23.
- Bambra unterrichtet über Ergebnisse einer – Esping-Andersens Messungen der Dekommodifizierung im Grundsatz bestätigenden – Wiederholungsuntersuchung Ende der 1990er Jahre.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Das Werk ist vor allem auf Grund seiner Wohlfahrtsstaatspsychologie wegweisend.*

Esping-Andersen, Gøsta, 1999: *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford.

*Esping-Andersen untersucht in dieser Studie Wohlfahrtsregimes in der postindustriellen Ökonomie des späten 20. Jahrhunderts und deren gesellschaftliche Grundlagen. Er knüpft dabei an sein früheres Werk (Esping-Andersen 1990) an und unterzieht unter anderem seine „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ einer kritischen Überprüfung, wobei er auch von anderen gängigere Kritikpunkte einbezieht.*

Kohl, Jürgen, 1993: Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive: Anmerkungen zu Esping-Andersens „The Three Worlds of Welfare Capitalism“, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 39, 67-82.

*bietet ebenso wie*

Kemeny, Jim, 1995: Theories of Power in „The Three Worlds of Welfare Capitalism“, in: *Journal of European Social Policy* 5, 87-96.

*kritische Anmerkungen zu Esping-Andersen 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Machtressourcentheorie.*

Korpi, Walter, 1983: *The Democratic Class Struggle*, London.

*Für das Verständnis der Machtressourcentheorie sind insbesondere das zweite Kapitel zum „demokratischen Klassenkampf“ und das neunte Kapitel hilfreich.*

O'Connor, Julia S./Olsen, Gregg M., 1998: Power Resources Theory and the Welfare State. A Critical Approach, Toronto.

*Der Sammelband enthält außer dem einflussreichen Artikel von O'Connor/Olsen keine neuen Beiträge zum Machtressourcenansatz, aber eine Sammlung von Forschungsergebnissen aus zwanzig Jahren machtressourcentheoretischer Forschung verschiedener Autoren.*

Pierson, Christopher/Castles, Francis G. (Hrsg.), 2000: *The Welfare State. A Reader*, Cambridge.

*Der Sammelband enthält kurze Textpassagen aus wichtigen theoretischen und empirischen Forschungsbeiträgen zum Wohlfahrtsstaat. Die Ausschnitte aus Korpi 1983 (ebd.: 77-88) enthalten die zentralen Passagen dieses Werks zum Machtressourcenansatz, das Kapitel aus Esping-Andersen 1990 (ebd.: 154-169) stellt dessen Wohlfahrtsstaatspsychologie vor.*

### Zitierte Literatur

- Esping-Andersen, Gøsta, 1985a: Der Einfluß politischer Macht auf die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich, in: Naschold, Frieder (Hrsg.), *Arbeit und Politik*, Frankfurt am Main/New York, 467-503.

- Esping-Andersen, Gösta, 1985b: Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power, Princeton.
- Esping-Andersen, Gösta, 1985c: Power and Distributional Regimes, in: Politics & Society 14, 223-256.
- Esping-Andersen, Gösta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Esping-Andersen, Gösta, 1999: Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford.
- Esping-Andersen, Gösta/Korpi, Walter, 1984: Social Policy as Class Politics in Post-War Capitalism. Scandinavia, Austria, and Germany, in: Goldthorpe, John H. (Hg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford.
- Korpi, Walter, 1983: The Democratic Class Struggle, London.
- Korpi, Walter, 1985b: Economic Growth and the Welfare State: A Comparative Study of 18 OECD Countries, in: Labour and Society 10, 195-209.
- Korpi, Walter, 1989: Macht, Politik und Staatsautonomie in der Entwicklung der sozialen Bürgerrechte, in: Journal für Sozialforschung 29, 137-164.
- Korpi, Walter, 1995: Un État-providence contesté et fragmenté. Le développement de la citoyenneté sociale en France. Comparaisons avec la Belgique, l'Allemagne, l'Italie et la Suède, in: Revue Française de Science Politique 45, 632-667.
- Mueller, Dennis C. 1983: The Political Economy of Growth. New Haven, London.
- Mueller, Dennis C./Murrell, Peter, 1986: Interest Groups and the Size of Government, in: Public Choice 48, 125-145.
- OECD, 2000: OECD Social Expenditure Database, Paris.
- OECD, 1994: Employment Outlook, Paris.
- Olson, Mancur, 1985: Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Sicherheit, Tübingen.
- Pampel, Fred C./Williamson, John B., 1989: Age, Class, Politics, and the Welfare State, New York u.a.
- Schmidt, Manfred G., 2005: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden.
- Weede, Erich, 1986: Verteilungskonkationen, Staatsätigkeit und Stagnation, in: Politische Vierteljahresschrift 27, 222-236.

## 4 Die Lehre von der Parteidifferenz

Manfred G. Schmidt und Tobias Ostheim

### 4.1 Einleitung

Nicht nur bei der im vorangegangenen Kapitel vorgestellten *Machtressourcentheorie*, sondern auch bei der *Parteidifferenztheorie* stehen unterschiedliche Interessen und die Machtverteilung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik im Zentrum. Allerdings berücksichtigt diese Theorie viel stärker das Tun und Lassen sowie die politisch-ideologische Ausrichtung der regierenden Parteien und – in einer erweiterten Form – auch die Rahmenbedingungen institutioneller und sozialökonomischer Art. Vertreter dieser Theorieschule formulieren als wissenschaftliche Hypothesen, was in einer populären Fassung in aller Munde ist und bisweilen bejaht, bisweilen vehement bestritten wird: Die parteipolitische Färbung von Legislative und Exekutive macht einen Unterschied in der Politik, und zwar in der Politikproduktion („policy output“) ebenso wie bei den letztendlichen Resultaten der Staatsätigkeit („policy outcome“)<sup>3</sup>. Aus der Sicht der Parteidifferenztheorie wird die Staatsätigkeit vor allem von der *partei politischen Zusammensetzung der Regierung* bestimmt.

Die Parteidifferenztheorie existiert in verschiedenen Varianten. Der ersten, von Douglas Hibbs geprägten Variante zufolge berücksichtigen Parteien die unterschiedlichen Präferenzen ihrer Anhängerschaft in ihrer Regierungspolitik. Dies ist die viel diskutierte „*partisan theory*“ der Staatsätigkeit (Hibbs 1977). Eine mit ihr verwandte Theorie nimmt Anleihen bei Lehren vom *politischen Konjunkturzyklus* und sieht zwei Hauptdeterminanten der Staatsätigkeit: die *partei politische Zusammensetzung der Regierung* und den *Wahlterminkalender*, insbeson-

<sup>3</sup> Unter *Output* ist die Politikproduktion des politischen Systems im Sinne getroffener Entscheidungen und Nichtentscheidungen zu verstehen. In modernen Wohlfahrtsstaaten erfolgt Staatsätigkeit und damit der Kern des Outputs des politischen Systems im Wesentlichen in Form von Gesetzen und durch die Verteilung von Mitteln über die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Die Endergebnisse politischer Entscheidungen werden dagegen mit dem englischen Begriff *Outcomes* bezeichnet. Die Outcomes der Wirtschaftspolitik, beispielsweise die Arbeitslosenquote, lassen sich nicht direkt gestalten, sondern nur durch den Output, zum Beispiel durch Entscheidungen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mehr oder weniger stark beeinflussen.